

KARIKATUR



DYNAMITE GRADUATE

GASTBEITRAG

Gott begegnet uns in den Schutzbedürftigen dieser Welt

Die CDU bekennt sich zum christlichen Menschenbild. In ihrer Flüchtlingspolitik löst die Partei das nicht ein, meinen die Bischöfe Stefan Heße und Christian Stäblein

Die CDU will sich in wenigen Tagen ein neues Grundsatzprogramm geben. Im vorliegenden Entwurf bekennt sich die Partei mit großem Nachdruck zum christlichen Menschenbild als Kompass ihrer Politik. Dabei wird in der Präambel besonders die unantastbare Würde jedes einzelnen Menschen hervorgehoben. Gut so! Genau das ist für uns der Ausgangspunkt unserer christlichen Verantwortung gegenüber Geflüchteten. Nur wenige Seiten später findet sich jedoch die Forderung: „Jeder, der in Europa Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat überführt werden und dort ein Verfahren durchlaufen.“

Dieser Satz steht in einem bemerkenswerten Widerspruch zur Orientierung an christlichen Werten. Sollte er beschlossen werden, würde die CDU einen radikalen Bruch mit ihrem humanitären Erbe im Flüchtlingschutz vollziehen. Dass auch in der FDP der Ruf nach der Auslagerung von Asylverfahren laut geworden ist, macht die Sache nicht besser. Mit solch einer Forderung begibt man sich ethisch wie rechtlich auf den Holzweg. Statt konkrete Lösungen anzugehen und politische Verantwortung zu übernehmen, werden falsche Erwartungen geweckt und Ressentiments geschürt. Die einzigen, die davon profitieren, sind letztlich die extremen Kräfte in unserem Land.

Was hat es mit der Forderung auf sich? Mit einer befremdlichen Faszination scheint man in der CDU auf das „Ruanda-Modell“ zu blicken, das die britische Regierung trotz politischer und juristischer Hürden soeben auf den Weg bringt. Demnach wird jeder, der an der britischen Grenze um Asyl bittet, ohne Antragsprüfung und ungeachtet seiner Herkunft nach Ruanda abgeschoben, ohne jede Option auf

Schutz in Großbritannien. Um die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, wurde Ruanda qua Gesetz zum sicheren Drittstaat erklärt. Weitere richterliche Überprüfungen unter Berufung auf die Menschenrechte sollen ausgeschlossen sein. Da wundert es nicht, dass in Großbritannien auch die Forderung erhoben wird, die Europäische Menschenrechtskonvention und die Genfer Flüchtlingskonvention gänzlich aufzukündigen. Ruanda erhält im Gegenzug Hunderte Millionen Euro für den Deal.

Die CDU-Forderung läuft auf eine EU-Variante des „Ruanda-Modells“ hinaus. Deutschland und die EU würden sich aus der gemeinsamen internationalen Verantwortung für den Schutz von Flüchtlingen verabschieden. Die Genfer Flüchtlingskonvention würde an entscheidender Stelle geschwächt. Das individuelle Recht auf Asyl, wie es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und im Grundgesetz festgeschrieben ist, würde in Deutschland de facto abgeschafft, da hier keine Prüfung der Schutzbedürftigkeit mehr stattfände.

Dabei finden die meisten Schutzsuchenden gar nicht Zuflucht in Europa. Von den weltweit 10 Millionen Geflüchteten, die UNHCR 2023 gezählt hat, überschreiten mehr als die Hälfte keine Grenze: Sie sind Binnenvertriebene und fliehen im eigenen Land. Die allermeisten Flüchtlinge, die ihr Land verlassen, werden wiederum von Staaten in Afrika, Asien oder Südamerika aufgenommen. Staaten also, die oft selbst unter Konflikten, Rechtslosigkeit und Armut leiden. Wer angesichts dieser bestehenden Schiefelage in der Flüchtlingsaufnahme zusätzlich eine so drastische Auslagerung des Flüchtlingsstatus in Nicht-EU-Länder fordert, scheint die Augen vor der Realität verschließen zu wollen.

Ein Blick nach Ruanda verdeutlicht beispielhaft, welche Probleme

man ausblenden muss, um das Modell propagieren zu können. Ruanda ist nach wie vor in gewaltsame Konflikte verstrickt und trägt selbst zu Fluchtbewegungen bei. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist arm, etwa ein Drittel unterernährt, die menschenrechtliche Lage ist überaus problematisch. Für Geflüchtete, die man nach Ruanda zwangsüberführt, lässt sich kein Leben in Sicherheit und Würde gewährleisten. Ähnliches gilt für andere Staaten, die als mögliche Aufnahmelande genannt werden. Man bürdet ärmeren Ländern eine enorme Herausforderung auf, der man sich selbst nicht stellen will. So riskiert man, ohnehin fragile Staaten zu destabilisieren



STATT KONKRETE
LÖSUNGEN
ANZUGEHEN,
WERDEN
RESSENTIMENTS
GESCHÜRT

sieren und macht sich obendrein politisch abhängig oder gar erpressbar. Das ist das Gegenteil von verantwortungsbewusster Politik.

Auch das Argument, dass man verstärkt auf „humanitäre Kontingente“ setzen wolle, läuft ins Leere. Seit Jahren beklagt UNHCR, dass sich selbst für die Bedürftigsten unter den Schutzbedürftigen nicht genügend Aufnahmeplätze finden lassen. Von zwei Millionen besonders vulnerablen Flüchtlingen konnten 2023 weltweit gerade einmal 100.000 Menschen über Resettlement-Programme in ein sicheres Land vermittelt werden. Wenn nun

mit dem Versprechen einer drastischen Reduzierung der Flüchtlingszahlen Wahlkämpfe bestritten werden, lassen sich hohe Aufnahmezahlen über humanitäre Kontingente politisch wohl kaum durchsetzen.

Irritierend an der Forderung im Grundsatzprogramm-Entwurf ist zudem, dass der Begriff des „sicheren Drittstaats“ suggeriert, es würde auf ein erprobtes Rechtsinstrument zurückgegriffen. Das Gegenteil ist der Fall. Das Konzept der „sicheren Drittstaaten“ im CDU-Entwurf unterscheidet sich fundamental vom Prinzip im geltenden Recht, das eine belastbare Verbindung des Schutzsuchenden zum sicheren Drittstaat fordert. Eine derartige Verbindung fehlt aber fast immer, wenn man den Flüchtlingschutz nach dem „Ruanda-Modell“ auslagert. Ein Land wird nicht sicher, nur weil man es aufgrund der eigenen Interessenlage dazu erklärt.

Wir brauchen Lösungen, die im Einklang mit den Menschenrechten und dem Völkerrecht stehen. Das im CDU-Entwurf vorgestellte Konzept wirft hier erhebliche Zweifel auf. Würden Deutschland und die EU alle Schutzsuchenden abweisen, wären Grundprinzipien des internationalen Rechts und der globalen Gerechtigkeit massiv verletzt. Als Christinnen und Christen bekennen wir: Gott begegnet uns in den Schutzbedürftigen dieser Welt. Deshalb verbietet es sich für uns, ihre Rechte preiszugeben. Sie der humanitären Verantwortung zu entledigen, ist für uns keine Option. Deshalb gilt: Wer sich am christlichen Menschenbild orientiert, darf den individuellen Zugang zum Flüchtlingschutz in Europa nicht abschaffen.

■ Erzbischof Stefan Heße ist Sonderbeauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für Flüchtlingsfragen. Bischof Christian Stäblein ist EKD-Beauftragter für Flüchtlingsfragen.

KOMMENTAR

Der Gebärstreik ist verständlich

Deutschland hat zu wenig Kinder. Das hat auch mit dem Mutterbild zu tun, meint Eva Marie Kogel

Das wirklich Interessante an familienpolitischen Anliegen ist (neben den familienpolitischen Anliegen), dass sie in der Regel nur diejenigen Menschen interessieren, deren Probleme sie gerade lösen möchten.

Zum Beispiel das: Ein Paar erwartet ein Kind. Weil es den Versprechungen von Vereinbarkeit von Kind und Karriere glaubt (oder auch nur von „Kind und normaler Job“, das allein ist eigentlich schon schwer genug), richtet es sich darauf ein, dass beide weiterhin berufstätig sind. Und dass der Staat sich während dieser Zeit um die Betreuung der Kinder kümmert. So hat Ursula von der Leyen das schließlich in ihrer Zeit als Familienministerin mit den Deutschen abgemacht. Genau damit fangen die Probleme dann an, denn so richtig funktioniert das System nicht: zu wenig Kita-Plätze; zu wenige Erzieher sowieso; und streiken Hort und Schule eigentlich diese Woche wieder? Berufstätigkeit und Familie, das merken die Eltern meist ziemlich schnell, ist keine Frage des eigenen guten Willens und von ein bisschen Disziplin, sondern der strukturellen politischen Versäumnisse. Nur: Zum gesellschaftlichen Großskandal scheint das nicht zu taugen.

Dabei wäre das dringend angezeigt. Denn Deutschland hat ein Problem: Dem Land geht der Nachwuchs aus. In Deutschland kommen immer weniger Kinder zur Welt. Die Zahl der Geburten ist auf den niedrigsten Stand seit 2013 gesunken, teilte das Statistische Bundesamt am Donnerstag mit. Im Jahr 2023 wurden demnach in Deutschland rund 693.000 Kinder geboren, das waren 6,2 Prozent weniger als im Vorjahr.

Die demographische Entwicklung aus immer mehr Alten und immer weniger Jungen belastet die umlagefinanzierten Sozialsysteme. Vom Arbeitskräftemangel zu schweigen. Diese dras-

tische Problematik sollte als Ausweis genügen, dass sich etwas ändern muss. Allerdings dürfte das grundlegendere sein als ein paar Tausend Neueinstellungen im Erzieher- und Lehrerbereich.

Denn neben diesen Mangelerscheinungen scheitert die Familienpolitik vor allem an ihrer eigenen Erzählung. Die begann mit der Einführung des Elterngeldes und handelte von der Befreiung der Frau durch Lohnarbeit. Am Wickteltisch sollte künftig nicht mehr nur die Mutter stehen, sondern zu gleichen Teilen (oder wenigstens überhaupt: zu Teilen) auch der Vater. Es ging um Chancengleichheit und vor allem um das Leitbild doppel berufstätiger Eltern. Gewissermaßen sollte das Verhalten der Frauen nach der Familiengründung vermannlicht werden. Ein bisschen hat das auch geklappt: Frauen stehen dem Arbeitsmarkt heute früher wieder zur Verfügung als es vor der Einführung des Elterngeldes der Fall war. Das Problem sind die Väter. Die haben nicht den gleichen Willen zur Veränderung gezeigt: Nur etwa die Hälfte der anspruchsberechtigten Männer nimmt überhaupt Elternzeit, nur ein Bruchteil davon mehr als die für Väter reservierten zwei Monate. Das ist Emanzipation in homöopathischen Dosen, denn wer in den Jahren danach die Hauptlast der Familienarbeit tragen wird, neben der Lohnarbeit, ist gleichermaßen logisch wie inzwischen auch von der Forschung einschlägig dokumentiert.

Betrachtet man Lohnarbeit und Familienarbeit zusammen – also Kinderbetreuung, Pflege oder Haushalt –, arbeiten Frauen mehr als Männer. Die Doppelverdienerrolle als politische Norm, mit entsprechenden Leistungen flankiert, macht die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht leichter. Frauen haben das verstanden. Ihr Gebärstreik ist verständlich.

CHRONIK

Was war das denn jetzt?

Nur für den Fall, dass die Verantwortlichen von Bayern München nur deshalb noch nicht bei uns angerufen haben, weil sie Angst vor der nächsten Absage haben,



VON SASCHA LEHNARTZ

winken wir ihnen von hier aus zu: Wir können uns ein Engagement als Cheftrainer an der Säbener Straße grundsätzlich vorstellen. Wir müssen zwar einräumen, dass unsere Berufserfahrung im Profifußballbereich überschaubar ist und wir uns taktisch seit unseren letzten Einsätzen in der D-Jugend des Hastener TV 1871 in den 80er-Jahren des vorigen Jahrhunderts nur kursorisch weitergebildet haben („Freunde“-Abo, Panini, alle WM-Bücher von Dieter Kürten), aber die übrigen Kandidaten, die jetzt noch ernsthaft in Frage kommen, haben ja auch nicht wesentlich eindrucksvollere Referenzen vorzuweisen.

Am Donnerstag wurde bekannt, dass der gefühlte 23. Kandidat, Ralf Rangnick, dann doch noch abgesagt hatte, nachdem es am Dienstag bereits geheißen hatte, man stehe kurz vor einer Einigung. Rangnick möchte aber lieber weiter die österreichische Nationalmannschaft trainieren als den deutschen Rekordmeister. Das ist einigermaßen bemerkenswert, denn vor nicht allzu langer Zeit hätte man doch – bei allem Respekt vor österreichischer Fußballkunst und, ja, wir sind alt genug, um uns noch an Córdoba zu erinnern – als Reaktion auf die Nachricht, dass jemand lieber ausgerechnet Österreich als Bayern München trainieren wolle, etwas erstaunt geguckt. So wie man halt guckt, wenn jemand sagt, vielen Dank für das nette Angebot, mir einen Ferrari zu schenken, aber ich bin mit meinem Opel Corsa ausgesprochen zufrieden.

Nun muss sich die Chefetage von Bayern München mit der Einsicht auseinandersetzen, dass man nicht mehr ganz so Ferrari ist, wie man dachte. In diesem schmerzhaften Erkenntnisprozess ist der Fußballklub jedoch nicht allein. Eigentlich befindet sich da gerade ganz Deutschland. Beim Wirtschafts-

wachstum dümpeln wir gemächlich vor uns hin und werden inzwischen sogar von vermeintlichen Euroverplemperern wie Portugal, Spanien und Griechenland lässig abgehängt.

Das Münchener Ifo-Institut hat gerade Ökonomen gebeten, den Standort Deutschland mit Schulnoten zu bewerten. Heraus kam irgendetwas zwischen drei und vier. Traditionell die pädagogisch wirkungsloseste Schulnote, weil sie weder Euphorie noch Panik auslöst und dafür sorgt, dass alles genauso mäßig weiter läuft wie vorher.

Am Sonntag deutete die FDP auf ihrem Parteitag an, dass sie gerne ganz anders regieren würde, wenn die Ampel sie nur ließe. Aufbruchstimmung versuchte die Partei durch die Einführung eines neuen digital generierten Maskottchens zu verbreiten, das aussieht wie ein aus dem Nest geplumpstes Adlerküken. Die Symbolik erscheint uns eher heikel. Was will uns die FDP damit sagen? Wir sind ganz niedlich, aber unfähig abzuheben? Gleich schluckt uns der Nesträuber?

Vor einer Woche hielt der französische Präsident Emmanuel Macron mal wieder eine rhetorisch wuchtige Rede in der Pariser Sorbonne. Es ging ums große Ganze: um uns, um die Demokratie, um die Freiheit und darum, dass Europa „sterblich“ ist. Es war also nicht weniger als ein Aufruf an den deutschen Bundeskanzler, Europa gemeinsam zu retten. Olaf Scholz antwortete darauf so original olafscholz wie es geht. Er lobte, die Rede enthalte „gute Impulse“. So etwas sagen Abteilungsleiter, wenn sie den Quatschvorschlag eines übermotivierten Mitarbeiters abmoderieren wollen. Möglicherweise hat sich Macron über diese spektakulär lapidare Nullantwort so geärgert, dass er deshalb dem „Economist“ diese Woche gleich noch ein Interview gegeben hat, in dem er noch einmal erklärt, dass es ihm ernst ist. Das Interview füllt das halbe Magazin. Olaf Scholz sollte das am Wochenende vielleicht mal lesen. Und sich eine halbwegs gescheite Antwort überlegen.